

**JAHRBUCH
DER
WIRTSCHAFT
OSTEUROPAS**

**YEARBOOK
OF
EAST - EUROPEAN
ECONOMICS**

BAND 13/1



OLZOG VERLAG

Jahrbuch
der Wirtschaft
Osteuropas

Yearbook
of East-European
Economics

Band 13, Nr. 1

1989

Gegründet von Hans Raupach

herausgegeben vom Osteuropa-Institut München

in Verbindung mit Edward Ames

Erik Boettcher

Oleg Bogomolov

Karel Dyba

Hans-Werner Gottinger

Günter Hedtkamp

T. O. M. Kronsjö

Michael Marrese

Christian Seidl

Hans-Jürgen Wagener

Redaktion: Richard Frensch

GÜNTER OLZOG VERLAG MÜNCHEN

Inhalt - Contents

WILHELM KRELLE

- Die räumliche Wirtschaftsentwicklung im Weltmaßstab:
Ost-West- und Nord-Süd-Vergleiche.....* 7

JOZEF M. V. BRABANT

- Regional Integration, Economic Reform and
Convertibility in Eastern Europe.....* 44

LÁSZLÓ CSABA

- Osteuropa zwischen Erneuerungszwang und Stagnation* 82

PÉTER ÁKOS BOD

- Deregulation and Institution Building. Lessons from the
Reforms of the Hungarian Public Sector.....* 110

ADAM GWIAZDA

- Poland's Foreign Trade Performance and Policy Changes* 126

JAN OSERS

- Die antitechnokratische Gesellschaft von Joseph Huber.....* 153

EMIL BEJ

- Some Aspects of Industrial Planning under Breshnev-
Kossygin Rule* 176

PEKKA SUTELA

- Ideology as a Means of Economic Debate or: The Strange
Case of Objective Economic Laws of Socialism.....* 198

RENZO DAVIDDI

- Soviet Foreign Trade Reform. Short Term Adjustment
versus Structural Variations.....* 221

OSTEUROPA ZWISCHEN ERNEUERUNGSZWANG UND STAGNATION

LÁSZLÓ CSABA

1. Stabilierungsversuche in den Fünfjahrplänen für 1986-90

Auf den ersten Blick hat man den Eindruck, als kämen die Dinge Mitte der 80er Jahre in den kleinen europäischen RGW-Staaten (im folgenden: Osteuropa) in mehr als einer Hinsicht in Ordnung. Die Wirtschaftslenkung konnte durch Bewahrung der Qualität der institutionellen Strukturen, durch bessere Wahrnehmung der in den zentral-administrativen Lenkungsmethoden vorhandenen Reserven, wie durch eine großzügigere Anwendung der diese ergänzenden verschiedenen Ventile zur Auflockerung der Spannungen - das gilt besonders für die kleinen Unternehmungen - die zu Beginn des Jahrzehnts vorhandenen Ungleichgewichte in der Zahlungsbilanz (fallweise auch in der Gesellschaft selbst) überwinden. Die Raten des Wirtschaftswachstums, dieses oberflächlichen, doch die politische Beurteilung bis heute bestimmenden Teilindizes, wurden 1983/84 gesteigert. Die mittelfristigen Pläne für 1986-90 gingen davon aus, daß die bescheideneren Erfolge der Jahre 1985 und 1986 bloß ein Ausgleiten, nur vorübergehende Schwierigkeiten darstellten. Die als vielversprechend beurteilten Erfolge der Jahre 1983/84 "schaffen eine Grundlage" für ein ähnliches Wachstum in den Jahren 1986-1990. Die internationale Abstimmung der Volkswirtschaftspläne 1986-1990 war erfolgreich. Es gelang, aus osteuropäischer Sicht günstigere Vereinbarungen zu treffen als im Wirtschaftsdokument der RGW-Gipfelkonferenz vom Juni 1984 ursprünglich vorgesehen. Die meisten Mitgliedstaaten konnten es erreichen, daß die Sowjetunion bis 1990 dieselben Brenn- und Rohstoffmengen liefern wird - wenngleich zu härteren Bedingungen -, die Erdgaslieferungen werden, dank der gemeinsamen Investitionen in Jamburg ab 1989 spürbar ansteigen. Rumänien kann den Erdölimport aus der Sowjetunion von den durchschnittlich anderthalb Millionen Tonnen im vorangegangenen Fünfjahrplan auf mehr als 5 Millionen Tonnen steigern. Wie es scheint, konnte auch die Vertrauenskrise der Jahre 1980-

83 im westlichen Kreditwesen abgebaut werden: sämtliche RGW-Staaten erhielten 1984-86 weiteren Kredit.

Auch im bestimmenden Element der osteuropäischen Länder, im RGW, ist Bewegung zu verzeichnen. In der Sowjetunion wurden tiefgreifende Veränderungen eingeleitet. Vom 27. Parteitag der KPdSU wurden sie als Programm zusammengefaßt. Ein neuer, selbstkritischer Tonfall war auf der 41. RGW-Ratstagung in Moskau zu verzeichnen. Eingeleitet durch den kritischen Beitrag des sowjetischen Delegationsleiters kam die Arbeit zwecks Modernisierung des multilateralen Zusammenarbeitsmechanismus in Schwung. Anders als in früheren Jahren, als die Tätigkeit der gemeinsamen RGW-Organe durch ein permanentes Hochgefühl, durch einseitiges Herausstellen der Erfolge und die Würdigung der diesbezüglich entfalteten Kraftanstrengungen geprägt war, ist eine eher selbstkritische und praxisorientierte Atmosphäre im Entstehen. Selbst der RGW-Sekretär vertritt die Meinung, die Arbeit der die multilaterale Zusammenarbeit regulierenden Institutionen bedürfe einer qualitativen Änderung, insbesondere der Arbeitsmethoden und des Arbeitsstils.¹ Die außerordentliche Tagung des RGW hat das Dokument "Komplexprogramm des wissenschaftlich-technischen Fortschritts der RGW-Mitgliedstaaten bis zum Jahr 2000" (im folgenden: Programm)² verabschiedet. Das Dokument steckt die konkreten Richtungen der Zusammenarbeit ab; für die prinzipiellen Fragen der Arbeit schuf der RGW-Gipfel 1984 eine gemeinsame Grundlage. Es schien, als wäre alles in bester Ordnung, übrig bliebe lediglich die disziplinierte Durchführung des Vorhabens.

In Kenntnis der Fakten kann jedoch kein Zweifel darüber bestehen, daß man sich auch für nicht eingeplante, dennoch voraussehbare Prozesse rüsten muß. Es geht zum einen um einen im Programm nachdrücklich formulierten und in der offiziellen Interpretation³ eigens hervorgehobenen Aspekt, der die grundlegende Voraussetzung der bisherigen Planungspraxis in Frage stellt. Die zeitgemäße technische und Produktentwicklung läßt sich in mehr als einer Hinsicht nicht voraussehen. Deshalb ist ein Komplex sich selbst korrigierender Planziele und elastisch anpaßbarer Organisations- und Finanzierungsmöglichkeiten unerlässlich. Die übliche Formel "richtiger Plan - disziplinierte

¹ V. SYČEV, "Novye rubeži naučno-techničeskogo sotrudničestva", *Ekonomičeskoe sotrudničestvo stran-členov SÉV*, 1, 1986, S. 19

² *Neues Deutschland*, 19 Dez. 1985.

³ A. ANTONOV, "Sotrudničestvo umnožat sily", *Socialističeskaja Industrija*, 13. Febr. 1986.

Durchführung" und die gängige ritualisierte Herausstreichung der Stabilität in der Zusammenarbeit verlieren daher ihren Sinn.

Zum anderen wird es bereits mittelfristig zu einer realen Möglichkeit, daß der gesamte Raum angesichts der strukturellen und qualitativen Charakteristika, des Rückstands in der Dynamik sogar der geplanten konvertiblen Exporte hinter dem tatsächlichem Weltdurchschnitt sowie der immer ungünstigeren Ausfuhrspezialisierung, aus der Weltwirtschaft verdrängt wird.

Drittens belasten den Raum nach wie vor die seit rund anderthalb Jahrzehnten angehäuften Spannungen, die von der verzögerten Anpassung herrühren. Bis jetzt ist es zu keinerlei echten strukturellen Anpassungen gekommen, die Schwierigkeiten in der Zahlungsbilanz wurden vielmehr kurzfristig durch Beschränkung der konvertiblen Importe, durch Drosselung der Investitionen und durch Stabilisierung des Defizits im Rubelimport aufgelöst, wobei größere Spannungen herbeiführende Entscheidungen vermieden wurden. Die seit 1979 durch oberflächliche operative Maßnahmen freigelegten Reserven wurden erschöpft, ohne daß für die zweite Hälfte des Jahrzehnts neue Reserven angehäuft worden wären. Warnende Vorzeichen sind seit 1985 zu erkennen. Während also die gesellschaftlichen und politischen Erwartungen der Planer ein lebhafteres Wachstum (in der DDR die Aufrechterhaltung des bisherigen Tempos) forderten, stehen die strukturellen, qualitativen, technischen und nicht zuletzt die institutionellen und wirtschaftspolitischen Voraussetzungen eines derartigen Wandels noch immer aus.

2. Schrittweise Änderungen in den Wirtschaftsmechanismen der Kleinstaaten

Sehr nachdrücklich schreibt das RGW-Programm eine Umstrukturierung des bisherigen Systems der Zusammenarbeit vor, was bedeutet, daß es bei einer Stabilisierung der vorhandenen Bedingungen wenig Erfolgchancen sieht. In allen RGW-Ländern steht eine "Vervollkommnung" der Wirtschaftslenkung auf der Tagesordnung. Dennoch ist klar, daß - die später ins Auge zu fassende Sowjetunion ausgenommen - der Elan der Veränderungen nach den als "erfolgreich" empfundenen "Anpassungsmanövern" der vorangegangenen Jahre ins Stocken geraten ist. Es hat ja den Anschein, als ließen sich die unmittelbaren Schwierigkeiten auch ohne diese überwinden. Diese Folgerung erhärten - über die anderenorts ausführlich erörterten ungarischen Erfah-

rungen⁴ hinaus - auch die entsprechenden Stellungnahmen der Parteitage in den anderen osteuropäischen Ländern.

Die Parteitage *Rumäniens* und der *DDR* wiesen Empfehlungen, die mit jedwelcher Schwächung der direktiven, operativen zentralen Parteilenkung einhergingen, kategorisch zurück. In der *DDR* kam das Problem eigentlich gar nicht zur Erörterung (man hat den Erfolg der eigenen Lösung mit Zufriedenheit herausgestrichen). In *Rumänien* wurden die in anderen Ländern zu verzeichnenden diesbezüglichen Bemühungen kategorisch abgelehnt. In der *Tschechoslowakei* fand man es nötig, die ökonomischen Mittel der Wirtschaftslenkung zu stärken. Hinsichtlich der konkreten Maßnahmen wird der Zeitraum bis 1990 jedoch als Versuchsperiode betrachtet; aufgrund der Erfahrungen sollen die die Gesamtheit der Wirtschaft betreffenden Änderungen für die Jahre 1991-95 eingeführt werden.⁵

Die *polnische* Führung ist auf politischer Ebene für die Reformen, findet aber, daß aufgrund der vierjährigen Erfahrungen einige praktische Abänderungen des Reformmodells nötig sind. Zum einen wird die Selbstverwaltung in den Unternehmen auch in Zukunft nicht die Rolle erhalten, die die Schöpfer der 1982 verabschiedeten Gesetze vorausgesetzt hatten. Zum anderen werden durch quantitative Importbeschränkungen aus beiden Regionen der Importwettbewerb und durch den niedrigen Stand der gesellschaftlichen Toleranz darüber hinaus auch die Preisliberalisierung im Inneren, zu einer irrealen Forderung. Ganz zu schweigen ist unter diesen Bedingungen von einer Liquidierung der mit Verlust arbeitenden und chronisch insolventen Unternehmen. Das führt dazu, daß ursprünglich provisorische Zwangslösungen, wie die kräftige Neuverteilung aus dem Staatshaushalt zugunsten schwacher Produzenten, die Preisregulierung durch administrative Mittel, die Zwangsvereinigungen innerhalb der Branchen, die dauerhafte Anwendung ungleichgewichtiger Kurse, die Praxis der ein Drittel der Industrieproduktion einbeziehenden - und freilich mit weiteren Konsequenzen einhergehenden - obligatorischen staatlichen "Bestellungen", dauerhaft fortbestehen. Es ist sogar zu erwarten, daß unter der Devise, daß die Lenkung der technischen Entwicklung gefestigt werden muß, die Bedeutung der mittleren leitenden Organe

⁴ L. CSABA, "Die dritte Etappe der ungarischen Wirtschaftsreform, Teil I-II", *Südoost-Europa*, 7 und 8, 1987.

⁵ Diese Linie wurde während der GORBAČEV-Visite vom Frühling 1987 bestätigt.

nach dem Muster der DDR-Kombinate weiter anwachsen wird.⁶ Ebenso wird angesichts der vorhandenen Verhältnisse auch die operative Einmischung von seiten der staatlichen Verwaltung unvermeidlich erstarken. Begreift man diese Prozesse als Bestandteil einer allgemeinen "Normalisierung", so verlieren sie in der Beurteilung ihren ursprünglich pejorativen Aspekt; sie werden zu dauerhaften Bestandteilen des polnischen Wirtschaftssystems.

In *Bulgarien* wurde die Umstrukturierung des Wirtschaftsmechanismus gemäß der neuen ökonomischen Denkweise 1986 planmäßig beendet. Durch Neuorganisation der ministerialen und Planamtslenkung zum 1.1.1986 kam auch das entsprechende Institutionensystem zustande. Gemäß den Beschlüssen des Parteitag werden zuliefernde Kleinbetriebe gegründet. Von einer Dekonzentration des Systems der großen Organisationen (*DSO*) oder von einer Liberalisierung des Preissystems ist aber nicht die Rede. In den Vordergrund gerückt ist - früher als in der UdSSR - vielmehr die Idee einer "Selbstverwaltung" der Großbetriebe (zwecks Beratung und Kontrolle). All das geschieht bei Beibehaltung der obligatorischen Kennziffern, von denen jene die Priorität erhalten, die zu höherer Qualität und mehr technischem Fortschritt anspornen.

Die laufende korrektive Abänderung der Wirtschaftslenkung ist in sämtlichen osteuropäischen Ländern auf der Tagesordnung geblieben, in den die Ökonomie betreffenden Stellungnahmen der Parteitage rücken die Fragen der Beschleunigung und des technischen Fortschritts in den Vordergrund. Die Dezentralisation und die Monetisierung betreffenden Themenkreise erhielten in den verabschiedeten Beschlüssen jedoch einen ähnlich geringen Nachdruck wie auf den vorangegangenen zwei, drei Parteitag.

3. Strukturpolitische Dilemmata

Nicht uninteressant ist auch der strukturpolitische Aspekt. Obwohl theoretisch die Priorität der technischen Entwicklung zwar in den Vordergrund gerückt ist, ist die Investitionspraxis *nach wie vor* durch das Streben nach der Schaffung einer landeseigenen Rohstoff- und Energiebasis gekennzeichnet. Das bedeutet, daß der Bereich, der hinter der durchschnittlichen Effizienz der Volkswirtschaft zurücksteht, schon fast die Hälfte der Industrieinvestitionen in Anspruch nimmt.

⁶ Z. SZALAJDA, "Otvet na trebovanija sovremennosti", *Ekonomičeskoe sotrudničestvo stran-členov SĖV*, 2, 1986

Das Streben nach Selbstversorgung mit Agrarprodukten und nach Aufrechterhaltung der in vielen Ländern stark im Verfall begriffenen Infrastruktur verschlingt immer mehr Geld. Auch die akut gewordenen Probleme des *Umweltschutzes* und die angesichts der internationalen Lage nicht unerheblichen Ausgaben für Landesverteidigung und Staatssicherheit belasten die Budgets schwerwiegend.

Eigenartige Widersprüche kennzeichnen also die osteuropäische Region an der Wende der zwei Planperioden der 80er Jahre. Zweifelsohne war zu beobachten:

- die Überwindung des konjunkturellen Tiefs,
- die Rückeroberung der internationalen Kreditfähigkeit,
- die geringer als erwartete Verschlechterung der Außenhandelsstruktur gegenüber der Sowjetunion,
- eine gewisse Konsolidierung im Inneren.

Andererseits könnte man als negative Elemente aufzählen:

- die unaufgelösten und sich häufenden (jedoch noch nicht immer unmittelbar wahrnehmbaren) Spannungen,
- die in der Strukturpolitik zu beobachtende starke Kontinuität,
- die wiederholt in den Vordergrund gerückten Probleme des quantitativen Wachstums.

Alles in allem, die provisorische Lockerung der außenwirtschaftlichen Beschränkungen hat den *ökonomischen Spielraum* der Länder dieses Raums vergrößert. Fraglich war, wie die osteuropäischen Länder ihren angewachsenen Entscheidungsspielraum wahrnehmen würden. Welche Folgen würde ihre Entscheidung oder eventuell deren Versäumnis in bezug auf die Entscheidungsmöglichkeiten der kommenden Jahre haben?

4. Die wirtschaftspolitische Umbewertung in der Sowjetunion

Konturen der Veränderungen zeichneten sich bereits auf den Tagungen des ZK der KPdSU im April, Juni und Oktober 1985 ab. Zusammengefaßt wurden sie nach den Debatten über die Richtlinien des Entwicklungsplans (über 15 Jahre), im politischen Bericht des ZK, in wirtschaftlicher Sicht konkretisiert wurden sie größtenteils im Bericht des Ministerpräsidenten.⁷ Die Neuheiten, die sich auf diesem Forum abzeichneten, wurden vom Parteitag vor allem zusammengefaßt. Es

⁷ *Materialy 27-ogo s-ezda KPSS*. Politizdat, Moskva, 1986.

wurden zahlreiche, für die weitere Entwicklung bedeutende prinzipielle und theoretische Feststellungen getroffen; für die unverändert laufenden Abänderungen wurde entsprechender Raum gelassen.

Die neue Führung legte ein außerordentliches Gespür für Probleme an den Tag. Sie bewies, daß sie das effektive Gewicht der Schwierigkeiten und viele der sie auslösenden Gründe kennt. Ihre grundlegende Bemühung gilt der Heranziehung einer Führungsgarnitur, die bei ihren Analysen und Empfehlungen nicht durch die seit Jahrzehnten unveränderte Amtsranke, durch die Identifizierung mit ihr und eine entsprechende Selbstbestätigung begrenzt ist. Das grundlegende Erlebnis ist die Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten. Eine Gefahr, die, wenn nur Scheinmaßnahmen getroffen und Ersatzhandlungen durchgeführt werden, nach dem Prinzip "irgendwie verbessern ohne etwas zu verändern" durchaus real ist. Die vorrangige Gefahr erblickt die neue Garnitur, anders als ihre Vorgänger, nicht in den zweifellos großen Kosten der Erneuerung sondern im Rückstand.

Ein weiterer neuer Zug ist die Aufwertung des *Zeifaktors* und der *Fachkenntnis*. Beide stehen in krassem Gegensatz zu der früheren Praxis, die sich im seinerzeit häufig zitierten russischen Sprichwort "miß siebenmal, bevor du einmal schneidest" am klarsten widerspiegelt, und ebenso im Gegensatz zur früheren Gleichmacherei. Diese neue Einstellung offenbarte sich in der Abweisung des Vorentwurfs für den Fünfjahrplan und ebenso in den Bemühungen des 27. Parteitag, die sich als "Politik der Beschleunigung" beschreiben lassen.

Woher diese Ungeduld? In den Debatten vor dem und während des Parteitags sprach man mit einer seit Jahrzehnten nicht mehr üblichen Offenheit über die auch früher nicht unbekannt, jedoch recht verschämt behandelten Mißstände in der sowjetischen Gesellschaft und Ökonomie. Daneben erhielt das im politischen Referat aufgezeigte Kapitalismusbild eine bedeutende Rolle. Die wesentliche Neuheit dieses Bildes besteht für unser Thema darin, daß das Referat der kapitalistischen Ordnung zwar harte Kritik zuteil werden läßt, jedoch warnt: Der Kapitalismus wird nicht von selbst zusammenbrechen. Dies aber ist eine Herausforderung für die Sowjetunion, eine Konkurrenz, in der man auch der Verlierer sein kann. Zwar inmitten schwerwiegender Widersprüche, geht doch eben *dort* eine technologisch-elektronische Revolution vor sich. Eine Revolution, die die gesamte Gesellschaft und Wirtschaft, die Beziehung zwischen Mensch und Natur und auch die militärische Technik verändert. Die grundlegend neue militärische Doktrin, "nur eine beiderseitige Sicherheit ist denkbar", bedeutet nicht nur eine Strategie der friedlichen Koexistenz,

sondern eine Belebung der intersystemaren Wirtschafts- und ideologischen Konkurrenz. In dieser kann aber in beiden Bereichen nur eine grundlegend erneuerte Sowjetunion standhalten, und dies auch nur dann, wenn sie sich schneller als bisher entwickelt. Beschleunigung bedeutet hier manchmal eine qualitative, manchmal eine quantitative Aufgabe. Neben dem "anders" muß, wie aus den Planziffern und aus der Kritik an den vorangegangenen Jahren ersichtlich, *auch mengenmäßig mehr* erreicht werden. Dies setzt eine "Erneuerung der Aktivitätsmethoden" bei den politischen und ökonomischen Institutionen, des weiteren eine "Vertiefung der sozialistischen Demokratie, eine entschiedene Liquidierung der Gleichgültigkeit, der Stagnation, des Konservatismus" voraus. Nicht dies ist aber der Wesenskern, sondern die Beschleunigung des als erstrangiger materieller Träger der neuen Qualität und Quantität begriffenen Fortschritts der Wissenschaft und Technik. Obwohl das Januarplenium der KPdSU 1987 eine Schwerpunktverschiebung zugunsten von Änderungen in den Systemcharakteristika andeutete, ist es noch abzuwarten, wie sich diese wesentliche theoretische Neuerung in der wirtschaftspolitischen Praxis durchsetzt (die Planziele des 12. Fünfjahrplans und die damit verbundene Wirtschaftsstrategie bleiben in Kraft). Das Mittel für die Beschleunigung des technischen Fortschritts ist zwar die Veränderung der Institutionen, auf dem Parteitag berief sich aber der Generalsekretär nicht darauf, sondern auf die Änderung der Investitionspolitik, als die allererste und erstrangige Aufgabe.

Aus dieser Auffassung folgt unmittelbar die Priorität des Maschinenbaus und der Elektronik. Dies sind die Bereiche, die den technischen Stand des Produktionsmittelbestands der gesamten Volkswirtschaft bestimmen. Die Investitionen des Maschinenbaus werden um 80% gesteigert. Ein einheitliches Spitzenorgan, das Büro für Maschinenbau beim Amt des Ministerpräsidenten, hat die Tätigkeit der 11 Maschinenbauministerien zu koordinieren. Das Büro hat nur einen aus wenigen Personen bestehenden Stab, hat aber dafür um so mehr operative Kompetenzen innerhalb des eigenen Wirkungsbereichs, bis hin zur Herausgabe von Regierungserlassen.⁸

Ebenfalls eng mit der technischen Entwicklung des Maschinenbaus sind zwei weitere, mit Nachdruck behandelte Gebiete verbunden: die Energetik und die Infrastruktur der Produktion. In der *Energetik* bilden die vorhandenen mächtigen Reserven und die Behebung der Ursachen der Verluste die Grundlage für die Tendenz, ressourcensparende

⁸ I.S. SILAEV, "Zadači bjuro po mašinstrojeniju", Interview, *Izvestija*, 11. März 1986.

Technologien einzusetzen. In der produktiven *Infrastruktur* sind es die Fernmeldetechnik und der Transport, die durch Einsatz der Elektronik tatsächlich eine qualitative Veränderung erfahren können.

Es sei bemerkt: die nachdrückliche Behandlung der Maschinenbauindustrie war der sowjetischen Wirtschaftspolitik schon früher nicht fremd. Der vielleicht markanteste Zug der Industriestrukturpolitik nach 1965 war eben der Raumgewinn des Maschinenbaus gegenüber der Rohstoff- und Brennstoffindustrie. Das bewirkte bis 1977 eine Verschiebung von 10 Prozentpunkten zugunsten des Maschinenbaus.⁹ Ab 1978 gewannen die Grundbranchen zwar wieder Raum - drei Viertel des Investitionszuwachses entfielen auf die Erdöl- und Erdgasindustrie. Dennoch erharteten diese Praxis und die folgende Außenhandelsleistung jener Jahre die bekannte wirtschaftstheoretische These, daß kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen gesteigerten Investitionen und Wachstum besteht, noch weniger zwischen Investitionen und Konkurrenzfähigkeit.

Der andere Bereich, dem erstrangige Aufmerksamkeit zuteil wird, ist selbstverständlich die *Landwirtschaft*. 1978-1984 war M. S. GORBAČEV der für Landwirtschaft verantwortliche Sekretär des ZK. Er hatte auch persönlich großen Anteil an der Entwicklung des im Mai 1982 verabschiedeten Nahrungsmittelprogramms. Dieses steckte zunächst gemäßigte Ziele ab: Die Lenkung der Landwirtschaft sollte abgeändert, innerhalb des Ministerrats sollte ein Spitzenorgan gebildet, bis 1990 sollte das Manko bei den meisten grundlegenden Produkten behoben und die Selbstversorgung gesteigert werden. Das Programm war im Grunde eine rationalisierte Ausgabe des damaligen bulgarischen Beispiels der modernisierten zentralisierten Landwirtschaftslenkung. Der als "Brigadenunternehmung" bekannte, beschränkte Anspornversuch war zwar nicht vorgesehen, konnte sich jedoch ebenfalls in das Programm einfügen. Im folgenden, insbesondere nach der Tagung des ZK der KPdSU im Oktober 1984, wurde das Programm wieder ins Auge gefaßt, und zwar im Sinne von Traditionen, die sich als nicht besonders erfolgreich erwiesen hatten. Anstatt die Möglichkeiten an Ort und Stelle zu erweitern, wurde ein großangelegtes, zentrales Programm der Meliorisation und der Umgestaltung der Natur in den Vordergrund gestellt. Maßnahmen, die den Nebengewirtschaften Ansporn geben sollten, fielen unter den Tisch. Es ist daher nicht verwunderlich, daß auf dem 27. Parteitag umfassende Beschlüsse gefaßt wurden, die die Interessiertheit der unmittelbaren

⁹ A. KÖVES, *World Economic Opening in CMEA Countries. Turning Inwards or Turning Outwards?*, Akadémiai Verlag, Budapest, 1985.

Produzenten betreffen. Es ist zwar nicht vorgesehen, dem Beispiel der ungarischen und der chinesischen Praxis nachzueifern, wo die zentralisierte Agrarlenkung teilweise bzw. im großen und ganzen abgeschafft wurde, doch sollen innerhalb des direktiven Rahmens mehr Ansporn gegeben bzw. die ökonomischen Anreiz- und Sanktionsmittel in breiterem Umfang angewandt werden. Arbeitsbrigaden erhalten größeren Raum für Initiative und die Hofwirtschaften etwas mehr Möglichkeiten für marktorientierte Produktion. Seither sind konkrete Maßnahmen beinhaltende Verordnungen herausgegeben worden, die teils durch die staatliche Kommission für Agrarindustrie zu treffenden Maßnahmen und Anreizmittel betreffen, teils den illegalen, mit Hilfe staatlicher Transportmittel von unbefugten Personen betriebenen Handel und Kettenhandel und die damit einhergehende Korruption verhindern sollen.¹⁰

Das erste Verfügungspaket bezweckt im wesentlichen die Reduktion der Planauffächerungs- und Berichterstattungsbürokratie; ferner sollen die Aufkaufpläne für jeweils fünf Jahre unveränderte Mengen garantieren. Die Übererfüller des Plansolls sollen einen 100-prozentigen Aufpreis und für die Agrarproduktion notwendige, als Mangelware geltende, Inputs erhalten. Leiter und Werk tätige, die eine Produktion über dem Durchschnitt der vorangegangenen fünf Jahre erzielen, werden kräftig prämiert: über die Vierteljahresprämien hinaus erhalten sie am Ende des Jahres eine dem Lohn von drei Monaten entsprechende Prämie. Die geringeren Investitionen werden abgestuft dezentralisiert, sie gehen, je nach Größe des Geldwerts, in die Kompetenz der niedrigeren Entscheidungsniveaus (*RAPO*) über. Die Regelung spornt zur unbedingten Produktionssteigerung an, selbst übergangsmäßige Rückfälle innerhalb des gegebenen Jahres werden kräftig sanktioniert, und der Rückstand muß im nächsten Jahr aufgeholt werden. Die Produktion der Nebengewirtschaften wird in den Plan *von vorneherein mit einkalkuliert*. Die Nebengewirtschaften werden angeregt, gesteigert Anteil an der Versorgung der örtlichen Einwohnerschaft und am Verkauf an den staatlichen Produktionsfonds zu nehmen. Auf den Kolchosmarkt sollen womöglich nur die Restbestände gelangen. Der Regulierung des Kolchosmarktes dienen auch die erwähnten staatlichen Sanktionsmaßnahmen.

¹⁰ *Pravda*, 29.3.1986 und 27.5.1986.

5. Der Umbau des Wirtschaftsmechanismus in der Sowjetunion

Der dritte, auf dem Parteitag nachdrücklich behandelte Aufgabenkreis betrifft die Wirtschaftslenkung. Über die radikale Reform, über das Prinzip der "vollständigen wirtschaftlichen Rechnungsführung" wurde bereits viel geschrieben, besonders in der sowjetischen Fachliteratur, hier dürfte es ausreichen, wenn bloß einige, in praktischer Sicht bereits bewertbare Momente herausgegriffen werden.

Auf grundgesetzlicher Ebene scheinen die Beschränkung operativer Eingriffe, die Einschränkung der Umverteilung aus dem Budget, die Festigung der Finanzlenkung, die Schaffung einer direkten Korrelation zwischen Löhnen und Gewinn sowie die Gleichberechtigung des Kooperativsektors die wichtigsten Momente zu sein. Ein elastisches Preissystem, das die Knappheiten widerspiegelt, die für fünf Jahre stabilen Finanzregulatoren und ein taktmäßig lieferndes, stabiles materiell-technisches Versorgungssystem sind weitere, der konkreten Regulierung dienende Merkmale.

Das Wirtschaftsreferat hat nicht nur die Planziffern festgelegt und das vorangegangene Jahrfünft ausgewertet, es hat auch nahegelegt, was der Begriff "radikale Reform" kurz- und mittelfristig in der Praxis bedeutet. Eine Funktion erhält die Wirtschaftslenkung erstrangig als Mittel der Belebung der Wirtschaft. Die Beschleunigung muß nämlich mit Hilfe beschränkter Ressourcen vorangetrieben werden. Die Effizienz der Ressourcenanwendung und die Kapitalproduktivität sind die zwei Bereiche, in denen eine radikale Wende vonnöten ist. Ein Mittel zu diesem Zweck stellen die bereits erwähnte technische Entwicklung und eine gewisse Steigerung der Investitionsrate dar.

Zwei als "erstrangig" betrachtete Hürden der ökonomisch wirksamen technischen Entwicklung sollen abgeschafft werden: die ministeriale Engstirnigkeit und Bürokratie zum einen und die nivellierende Lohnpraxis zum anderen. Als wirksame Lenkungsmittel werden die schon früher als solche betrachteten (in der Praxis jedoch nur beschränkt angewandten) Zielprogramme, die Herausgestaltung von Superministerien, die mehrere Branchen umfassen, die gesteigerte Selbständigkeit der großen, auch Forschungsinstitute umfassenden, wissenschaftlichen Produktionsvereinigungen gefördert. Die im Maschinenbau eigentlich als traditionelles Lenkungsorgan auf mittlerer Ebene (*glavki*) funktionierenden allsowjetischen Produktionsvereinigungen werden dagegen aufgehoben. Ein neues Spitzenlenkungsorgan wurde auch im Bereich der Landwirtschaft zustande gebracht: die staatliche Kommission für Agrarindustrie (die mehrere Branchen zusammenfaßt).

Das in den früheren Jahren durchgeführte großangelegte Experiment wurde von den sowjetischen Ökonomen recht kritisch aufgenommen. Schon 1985 veranstalteten etwa die zwei führenden Wirtschaftszeitschriften *Voprosy ekonomiki* und *Planovoe chozjajstvo* gemeinsam eine Rundtischkonferenz,¹¹ wo sich die Teilnehmer - überwiegend Volkswirte - sich darüber einig waren, daß die an das Experiment geknüpften theoretischen Erwartungen sich nicht bewahrheitet haben. Die technische Entwicklung wurde nicht beschleunigt, die Verwirklichung der Neuerungen und die Einführung neuer Produkte wurden nach wie vor verzögert. Es überwiegt weiterhin die kurzfristige Planung. Die Pläne sind, anders als in den Grundsätzen bestimmt, in den fünf Jahren der Planperiode mitnichten stabil, sie werden sogar alljährlich mehrmals abgeändert. GERASIMČUK, stellvertretender Direktor des Akademieinstituts für Wirtschaftswissenschaften der Ukraine, gelangte an Hand von Fallstudien sogar zu dem Schluß, daß sich das Verhalten der Unternehmer unter dem Einfluß des Experiments keineswegs verändert hat, weder in ihren Beziehungen zu den Planungsorganen, noch in den Beziehungen der Betriebe untereinander. Andere, vom Institut von Novosibirsk bereitgestellte Fallstudien¹² machen darauf aufmerksam, daß sich die Lenkungsmethoden der Fachportefeuilles und der Vereinigungen überhaupt nicht geändert haben, weshalb auch das Verhalten der Unternehmen unverändert geblieben ist. Es hat sich herausgestellt, daß Umfang und Beschaffenheit der im Experiment hervortretenden Veränderungen nicht ausreichend sind.

Zu Inhaltsfragen des Experiments nahm der Parteitag nicht Stellung; gewisse Elemente wurden bestätigt, anstatt anderer wurden neue Lösungen (und Experimente) empfohlen. Die Idee des die technischen Parameter und die Qualität widerspiegelnden elastischen Preises ist ein wichtiger Fortschritt im Vergleich zur Praxis des festen Selbstkostenpreises. Dennoch sticht der Unterschied zur ungarischen Praxis ins Auge, indem die *preisgestaltende Funktion der Nachfrage im allgemeinen nicht berücksichtigt wird*. Auch der Anspruch, die zahlungsfähige Nachfrage einzufangen, ist ein neuer Gesichtspunkt. Als Mittel dafür werden aber hauptsächlich nur die spezialisierten Dienst-

¹¹ "Ekonomičeskij eksperiment: itogi pervogo goda i perspektivy dal'nejšego razvitija", Rundtischgespräch der Redaktionen *Planovoe chozjajstvo* und *Voprosy ekonomiki*, beide 1985.

¹² R.G. KARAGEDOV, "Pervye itogi, problemy, perspektivy", *ÉKO*, 5, 1985.

leistungsgroßbetriebe betrachtet.¹³ Als wichtige Mittel der Wirtschaftslenkung gelten die Disziplinierung, die Qualitätskontrolle (Gospriëmka), die Preissenkung für veraltete Produkte und die operative Parteilenkung. Als Zusammenfassung kann man die Auswertung der Inhalte der radikalen Reform akzeptieren, die im Wirtschaftswochenblatt des ZK der KPdSU veröffentlicht wurde.¹⁴ Dem Artikel zufolge bekennen sich sämtliche offiziell erwogene Empfehlungen nach wie vor zur direktiven Planung des Produktsortiments. Der Umfang der Investitionen und die ganze *erweiterte Reproduktion* sollen unbedingt weiter zentral gesteuert werden, die vorrangige Methode der Lenkung sei die gesteigerte Selbständigkeit der Großorganisationen. Schließlich - betont MILJUKOV mit Recht - wird die operative Lenkung zwangsläufig wiederhergestellt, wenn das Preissystem keine richtige Orientierung bietet (bei den in das Experiment einbezogenen Unternehmen wurde der Anteil des zentral bestimmten Angebots sogar erweitert).

6. Problemfeld Außenwirtschaft

Der Ölpreisverfall versetzte die sowjetische Außenwirtschaft in eine im Vergleich zu den früheren Jahren grundlegend neue Lage. Während die Sowjetunion in den 70er Jahren einen terms-of-trade-Gewinn von 20 Milliarden Dollar verzeichnen konnte, und durch Kreditaufnahmemöglichkeiten, die von diesen nicht unabhängig sind, insgesamt einen Plusimport von 30 Mrd. Dollar realisieren konnte, war die Lage 1985 bereits grundlegend anders. Schon vor dem Ölpreissturz bescherte der 3-prozentige Rückgang der Ölpreise - der infolge der rückläufigen Produktion mit einem 30-prozentigen Rückgang in der Ausfuhr nach Westeuropa einherging - der Sowjetwirtschaft einen Einnahmeausfall von insgesamt sieben bis acht Milliarden Dollar, der Preissturz 1986 hat die vom Energieexport herrührenden Einnahmen der Sowjetunion den vorläufigen Berechnungen zufolge um die Hälfte gedrosselt.¹⁵

¹³ Diese Lage kann sich unter dem Einfluß des neuen Gesetzes über individuelle Arbeitstätigkeit ändern, gültig ab 1.5.1987, weil es eine Reihe von Dienstleistungsaktivitäten legalisiert, die bis dahin ein Bestandteil der Schattenwirtschaft (und als solche verboten) waren.

¹⁴ A. MILJUKOV, "Problemy radikal'noj reformy", *Èkonomičeskaja gazeta*, 20, 1986.

¹⁵ Für die Daten der Periode 1979-81 siehe: E. A. HEWETT, *Energy Economics and Foreign Policy in the Soviet Union*, The Brookings Institution, Washington, D.C., 1984, S. 17. Für die Daten der Periode 1985-86 siehe: F. MÜLLER, "Änderungen im Weltenergiemarkt und ihre Auswirkungen auf die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen in

Andersherum: die Finanzierung des immer ausgeprägter *importorientierten sowjetischen Entwicklungswegs* verursachte in den 70er Jahren bei unveränderter Außenwirtschaftsstruktur und -mechanismus noch keine besonderer Schwierigkeiten. Nach dem umgekehrten Ölschock aber mußte nicht nur die Lage, sondern die jahrzehntelange Unbeweglichkeit grundlegend umbewertet werden. Im Wirtschaftsreferat des 27. Parteitags wird auch eindeutig ausgesprochen, daß die Verbesserung der einseitigen Exportstruktur, die Spezialisierung auf die verarbeitende Industrie eine dringende Aufgabe darstellt.

Die voraussichtlich wachsenden Schwierigkeiten in der konvertiblen Verrechnungszone werten die Zusammenarbeit innerhalb des RGW für die Sowjetwirtschaft objektiv auf. Die Schwierigkeiten kommen zum Teil daher, daß - wie auch im Wirtschaftsbericht betont - die Umstellung auf den Export von Fertigprodukten bzw. die Liquidierung der einseitigen Rohstoffausrichtung der Ausfuhr einen zeitaufwendigen Prozeß darstellen, in dem 1986-90 nur die ersten Schritte getan werden können.

Im Handel mit Entwicklungsländern hat die Sowjetunion bloß durch die Ausfuhr von denjenigen Produkten traditionsgemäß einen jährlichen Überschuß von sechs Milliarden Dollar erzielt, die in den Statistiken nicht nach Posten aufgefächert werden. Seit 1985 ist aber die Zahlungsfähigkeit eben jener Länder erschüttert worden, die traditionsgemäß Partner des sowjetischen Außenhandels sind. Diese Beziehung wird daher bei der Überbrückung des strukturellen sowjetischen Zahlungsbilanzdefizits gegenüber dem Westen nur eine kleine Rolle spielen können.

Die Aufwertung des Handels innerhalb des RGW geht mit einer Umbewertung der Rolle der Arbeitsteilung innerhalb des RGW einher. Diese Tendenz ist übrigens keine Neuheit, sie war schon zu Zeiten JURIJ ANDROPOVS zu beobachten und sie kam auch in den Diskussionen zur Vorbereitung des RGW-Gipfels und gelegentlich der gegenseitigen Abstimmung der mittelfristigen Wirtschaftspläne für 1986-90 klar zum Ausdruck. Wie aus den Erörterungen eines dem offiziellen Standpunkt in der Regel nahestehenden Experten hervorgeht, betrachtete die Sowjetunion die Arbeitsteilung innerhalb des RGW früher als ein Mittel, um die Industrialisierung der osteuropäischen Länder durch Rohstofflieferungen und durch die Abnahme industrieller Waren zu fördern. Heute, nach Beendigung dieses Prozesses, erwartet die Sowjetunion "mit Recht", nicht mehr als weicher Markt

den 80er Jahren", in: A. INOTAI, J. NÖTZOLD und K. SCHRÖDER (Hrsg.), *Ost-West-Beziehungen am Scheideweg*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1987.

begriffen zu werden, und sie erwartet von ihren Partnern, daß diese kräftiger als bisher zur Lösung der aktuellen binnensowjetischen Probleme beitragen, u.a. durch Lieferung von modernen Maschinen, Agrarprodukten und Konsumgütern.¹⁶

Weniger bekannt dürfte die Tatsache sein, daß nicht nur die Lieferungen aus der Sowjetunion den osteuropäischen Ländern wichtig sind, sondern daß auch der Import aus Osteuropa einen nicht unbedeutenden Teil der Endverwendung in der Sowjetunion deckt. Das sind bei der - weitaus nicht befriedigten - Nachfrage des sowjetischen Markts für industrielle Konsumgüter 16%, bei produktiven Investitionsgütern 17%, innerhalb dieses Anteils entfallen auf Maschinen und Anlagen 35%,¹⁷ das ist keineswegs eine quantität negligible.

Wenn man außerdem noch die Angebotsbeschränkungen mit berücksichtigt, die von den Schwierigkeiten der sowjetischen Förderungsindustrie und dem Zwang zum konvertiblen Export her zu erklären sind, wird es klar, daß rigorosere Handelsbedingungen für die osteuropäischen RGW-Länder objektiv unvermeidlich sind. Langfristig ist selbst bei einem überhaupt nicht wachsenden Warenaustausch ein Vorstoß der Fertigprodukte und eine Rückläufigkeit im Rohstoffverkehr unvermeidlich. Dies aber fordert den zitierten Quellen zufolge die Herausgestaltung eines der Natur des Fertigproduktenhandels entsprechenden, vom aktuellen auch qualitativ verschiedenen Mechanismus auch innerhalb der RGW-Zusammenarbeit.

Solange diese Forderung nicht erfüllt ist, wird allerdings ein gewisser objektiver Widerspruch hervortreten zwischen den von sowjetischer Seite formulierten neuen handelspolitischen und technischen Ansprüchen zum einen, und den aus dem Wesen der aktuellen Zusammenarbeit folgenden bekannten Eigenschaften und Mängeln des vorhandenen Systems der Zusammenarbeit zum anderen (das u.a. keinen Anreiz zur technischen Entwicklung bietet). Zweitens, lang- und mittelfristig scheint es auch unvermeidlich, daß sich die Struktur der von den vorhandenen Mängeln der Sowjetwirtschaft heute ausgehenden Nachfrage auf makro-, meso- und mikroökonomischer Ebene von der Struktur der Nachfrage unterscheidet, die von entwickelten Marktwirtschaften gefordert wird.

¹⁶ Ju. F. KORMNOV, "Sotrudničestvo stran SĖV i struktura proizvodstva", *Voprosy ekonomiki*, 10, 1985.

¹⁷ B. DJAKIN, B. MEDVEDEV, "Uglublenie ekonomičeskoj integracii kak material'naja osnova dal'nejšego spločenija stran SĖV", *Meždunarodnaja žizn'*, 1, 1986, S. 22-23. O. BOGOMOLOV, "Rol' SSSR v socialističeskoj ekonomičeskoj integracii", *Ekonomičeskoe sotrudničestvo stran-členov SĖV*, 2, 1986, S. 46.

Zum dritten erhält das Gesamtproblem der Anpassung in der Außenwirtschaft dadurch einen neuen Aspekt, daß die osteuropäischen Länder in der zweiten Hälfte dieses Jahrzehnts unbedingt ein Plus im Außenhandel mit beiden Regionen erreichen müssen. Das heißt, daß der Anpassungsprozeß, der in den 70er Jahren bei bilateralem Netto-Kapitalimport aufgeschoben wurde, heute in einer Lage realisiert werden muß, die eine gewisse Netto-Auslagerung der volkswirtschaftlichen Ressourcen erfordert.

Die sowjetische Kritik am RGW gründet sich also auf den objektiven Widerspruch, daß das bisherige, früher auch durch die UdSSR unterstützte System der Zusammenarbeit nicht fähig ist, zu der Mehrleistung anzuregen - geschweige denn zu erzwingen -, die die Wirtschaft des Sowjetlandes benötigt.

7. Modernisierungsansätze im multilateralen RGW-Kooperationsmechanismus

Die Forderung nach einer Modernisierung des Systems der Zusammenarbeit innerhalb des RGW, die von sowjetischer Seite laut wird, zielt auf handelspolitischer Ebene auf die Steigerung des Anteils von Qualitäts- und harten Artikeln, auf eine Festigung der Lieferdisziplin. Bezogen auf den Mechanismus der Zusammenarbeit zielt sie auf ähnliche Änderungen, wie sie sich in der Wirtschaftslenkung der Sowjetunion eben herausgestalten. Dementsprechend wird eine Drosselung der formalen, bürokratischen Tätigkeiten angestrebt, die Voraussetzungen der Durchführbarkeit von Beschlüssen, die auf politischer Ebene gefaßt wurden, sollen zustande gebracht werden. Auch ohne auf die Einzelheiten dieses einer separaten Würdigung wertenden Themenkreises einzugehen dürfte klar sein, daß es im Augenblick noch nicht auf der Tagesordnung steht, sämtliche Elemente des Zusammenarbeitsmechanismus (Planung, Handel, Finanzen, Organisationen, Institutionen) zu reformieren. Im Einklang mit den Beschlüssen der Ratstagung von 1987 werden zunächst die gemeinsamen Institutionen und ihre Arbeitsorganisation betreffende Maßnahmen getroffen. Ebenso im Zeichen der Erneuerungspolitik der sowjetischen Führung, die die Priorität der Beschleunigung des technischen Fortschritts betont, wurde das neue *Komplexprogramm* für die wissenschaftliche und technische Entwicklung der RGW-Länder bis zum Jahre 2000 verabschiedet.

Seiner Beschaffenheit nach ist das Programm¹⁸ ebenfalls ein den Plan vorbereitendes Dokument. Als solches formuliert es skizzenhaft die Absicht zur Zusammenarbeit, die wichtigsten Richtungen und Forderungen, sowie die zu erzielenden Ergebnisse. Nicht enthalten sind in diesem Text die unmittelbaren Lieferpflichten: Diese sollen erst in den laufend ausgearbeiteten verschiedenen Vereinbarungen festgelegt werden. In diesen werden auch der naturale wie der finanzielle Aspekt der Zusammenarbeit endgültig fixiert. Mit anderen Worten: Nicht alle Länder sind an der Lösung all der 93 Probleme beteiligt, und die Aufgaben, die den Firmen der einzelnen Länder zufallen, werden je nach der Interessiertheit und den Ressourcen konkretisiert. Es ist also falsch zu meinen, das Programm nehme die Investitionen der Mitgliedsstaaten (oder auch nur ein Großteil ihrer Mittel) für 10 bis 15 Jahre in Anspruch. Wie bekannt,¹⁹ liegen innerhalb des RGW die Voraussetzungen einer derart praktisch allumfassenden Investitionsabstimmung gar nicht vor. Außerdem haben sich die Mitgliedsstaaten bereits auf der Ratstagung in Havanna 1984 dahingehend entschieden, daß das gemeinsame Programm auf den nationalen Programmen der einzelnen Länder zu beruhen, diese zusammenzufassen und zu koordinieren hat.

Vollkommen ist dieser Gleichklang im Fall der Sowjetunion, was nicht zuletzt daher kommt, daß jedes Subprogramm von einem sowjetischen Hauptkoordinierungsorgan (*golovnaja organizacija*) entwickelt wurde. Auch das zusammenfassende Projekt des Programms ist in die Einzelheiten gehend vom sowjetischen Partner ausgearbeitet worden (innerhalb von rund zwei Monaten).²⁰ Dies geschah parallel zur Ausarbeitung des langfristigen (15-jährigen) Plans der Sowjetunion.

Ein wichtiger Unterschied im Vergleich zu den multilateral abgestimmten geplanten Integrationsmaßnahmen besteht also einerseits darin, daß die Pläne der einzelnen Nationen nicht durch Auffächerung

¹⁸ K. LOZANOV, "Problemy investicionnogo sotrudničestva stran-členov SEV", in: A. BELOVIČ, V. G. VOROPAJEV und Ju. P. ZVORIGIN (Red.), *Soversensvovanie ekonomičeskich uslovij investicionnogo sotrudničestva stran-členov SEV i planirovanie meroprijatij v etoj oblasti*, S. 110-112, Internationales Forschungsinstitut des RGW für die ökonomischen Probleme des sozialistischen Weltsystems, Moskau, 1984.

¹⁹ O. ČUKANOV, "Strategija naučno-tehničeskogo progressa stran SEV", *Meždunarodnaja žizn'*, 2, 1986, S. 12, 14 und 17.

²⁰ Beiträge von W. ISKRA und L. PAISECNY, in: "Die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit ist die Kernfrage der Weiterentwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration", *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 12, 1985.

des internationalen Plans zustande kommen, sondern der Prozeß umgekehrt wird. Andererseits werden hier nicht gemeinsam verabschiedete naturale Planziele finanziert, sondern der Verbrauch der auf nationaler Ebene bereits gutgeheißenen Summen wird auf RGW-Ebene koordiniert.

Praktische Bedeutung hat diese Frage auch im Hinblick auf die konkreten organisatorischen, institutionellen und ökonomischen Lösungen bei der Durchführung des Programms. Einige polnische RGW-Experten warfen in der Vorbereitungsphase den Gedanken auf, die wichtigsten Fragen und Probleme sollten aus dem allgemeinen Kooperationsmechanismus herausgegriffen und als Spezialproblem separat behandelt und so der besseren Durchführbarkeit wegen unter die Lenkung eines gemeinsamen "Generalstabs" gestellt werden.²¹ Andere waren der Meinung, die regionale Integration bedeute eben darin eine Internationalisierung der Produktion, daß ein immer größerer Teil der nationalen Investitionen für gemeinsame Zwecke wahrgenommen wird. Das gelte, über die bisherigen gemeinsamen Investitionen in der Brennstoffindustrie hinaus, ohne diese jedoch zu ersetzen, für eine Konzentration der Investitionsmittel in den Bereichen, die im Spitzenfeld der technischen Entwicklung liegen.²²

Der Text des gemeinsam verabschiedeten Programms spiegelt diese übertriebenen Bemühungen nicht wider, die das im RGW herausgestaltete System der Zusammenarbeit durch Empfehlungen grundlegend umstülpen wollen, wenn diese auch als ausschließlich "technisch" hingestellt werden. Die auf hoher politischer Ebene getroffene Entscheidung - der Wirtschaftsbeschluß des Gipfels 1984 - nahm für ein multizentrisches Zusammenarbeitsmodell mit einheitlichem internationalen Mechanismus Stellung. Schon deswegen sind solche Teilmaßnahmen, die sich an einer anderen Integrationsformel orientieren, nicht nur praktisch undurchführbar, sondern auch theoretisch nicht zu befürworten, einerlei, ob sie die Einheit des Zusammenarbeitsmodells verletzen, oder den nationalen "Separatismus" in "gemeinschaftlicher", d.h. supranationaler Richtung zu "überwinden" trachten. Die Durchführung des Programms erfolgt daher in der Praxis auf zwei Stufen.²³

²¹ Beiträge von W. ISKRA und L. PAISECNY, in: "Die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit ist die Kernfrage der Weiterentwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration", *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 12, 1985.

²² J. S. ŠIRJAEV, "Naučno-tehničeskij progress i socialističeskaja integracija", *Voprosy ekonomiki*, 5, 1986, S. 133-134.

²³ V. SYČEV, a.a.O., S.17.

1) Ein Jahr vor Abschluß der Planungs- und Vorbereitungsphase schließen die *Mitgliedstaaten* Spezialisierungs- oder Kooperationsabkommen ab, bei dieser Gelegenheit vereinbaren sie auch die Transport- und die finanziellen Fragen.

2) Die an einem Thema interessierten *Unternehmen* schließen ein multilaterales Abkommen ab, das den gesamten wissenschaftlichen und Produktionszyklus einbegreift, sie gründen gemeinsame Unternehmen oder finden eine andere, der Beschaffenheit des Themas entsprechende organisatorische Lösung.

Das "immergrüne" Problem der Interessiertheit und der entsprechenden organisatorischen Lösungen kann man schon darum nicht stark genug betonen, weil es zwischen den RGW-Ländern auch früher schon eine technische und wissenschaftliche Zusammenarbeit gegeben hat. Trotz der zahlreichen Maßnahmen und der äußerst umfangreichen Würdigungen und Berichte war eben dieser Bereich durch ein *Überwuchern von formalen Lösungen* gekennzeichnet. Der allgemeinen Beurteilung zufolge ist dazu eine qualitative Veränderung innerhalb des RGW nötig, im Aufbau der Organisation ebenso wie in den Arbeitsmethoden und im ökonomischen Voraussetzungssystem. Ansonsten würde sich nämlich die das Programm auch unmittelbar berührende Lage unvermeidlich reproduzieren. So erklärten die Mitgliedstaaten zwar bereits vor Jahren, daß sie an der Mikroelektronik, dem Roboterbau, den elastischen Modulen oder am Laserprogramm interessiert seien, anläßlich der Warschauer Ratstagung 1985, als die Planabstimmung beendet wurde, fand sich jedoch keiner, der die Organisation der multilateralen Koordination übernommen hätte.²⁴

Auf einem Gebiet kann das Programm unmittelbar zur Aufrechterhaltung der regionalen Selbstversorgung innerhalb des RGW beitragen: im Sektor Rohstoffe und Energetik. Es ist bekannt, daß die einseitige Orientierung möglichst mehr Ressourcen zu erwerben auch die Planabstimmung 1986-90 geprägt hat. Auf dem Gipfel wurde verlautbart, daß die osteuropäischen Länder die Beibehaltung des bisherigen Niveaus der Lieferungen aus der Sowjetunion nur durch gleichzeitigen Einsatz der "Exportverhärtung" und von Investitionsbeteiligungen "bewahren" konnten. Um dies zu verstehen, sei erwähnt, daß der bulgarische Ökonom NESCHO TZAREWSKI den Standpunkt sämtlicher kleinen Länder aussprach, als er den Investitionskredit erst an fünfter Stelle unter den möglichen Lösungsvarianten des Energieproblems

²⁴ "Ključevaja oblast' sotrudničestva", Redaktioneller Leitartikel, *Ėkonomičeskoe sotrudničestvo stran-členov SĖV*, 8, 1985.

nannte.²⁵ Es wurde bereits auf dem Gipfeltreffen davon gesprochen, daß der einzig mögliche Weg in den nächsten Jahren nur das Sparen sein kann. Weitergeführt wurde dieser Gedanke, indem das Programm erstens die Entwicklung der Kernenergietechnik, zweitens die Einführung energie- und rohstoffsparender Technologien, und drittens die Entwicklung neuer Materialien als nachdrücklich zu behandelnde Aufgaben festlegt. Es ist klar, daß mit Hilfe eines relativ geringen Technologieimports und eigener Entwicklungstätigkeit hohe Summen an Brennstoff- und Grundstoffimporten eingespart werden können.

Es ist heute freilich noch offen, wie sich die Bemühungen um die Durchführung des Programms bzw. um die Modernisierung der RGW-Organisation aneinandergliedern werden. Als untauglich erwiesene Restbestände aus früheren Zeiten bzw. für die neuen Aufgaben überflüssige Organisationen und Lösungen müssen unverzüglich abgeschafft werden. Ganz allgemein ist es richtig, die Belegschaft und den Etat der gemeinsamen Organe (vor allem des Sekretariats) auf einen Umfang zurückzuschneiden, der durch die Intensität der aktuellen multilateralen ökonomischen Verflechtungen gerechtfertigt ist.

Zum anderen steht fest, daß neben dem *Komitee für Zusammenarbeit im Maschinenbau*, das schon im Zusammenhang mit dem Programm ins Leben gerufen wurde, ein weiteres, mit dem Exekutivkomitee und dem Komitee für Planungszusammenarbeit auf gleicher Stufe stehendes (d.h. mit einem stellvertretenden Ministerpräsidenten an der Spitze) Organ ins Leben gerufen wurde, dessen Wirkungsbereich sich mit dem der anderen Organe des Landes bzw. des RGW teilweise überdeckt. Außerdem wurden, wie bekannt,²⁶ innerhalb des Komitees für Zusammenarbeit im Maschinenbau 16 branchenorientierte Büros gegründet: ebensoviele, wie das frühere ständige Komitee Arbeitsgruppen hatte, die die Anzahl der sowjetischen Zweigministerien im Maschinenbaukomplex widerspiegeln. Auf der ersten Sitzung des Exekutivkomitees nach Verabschiedung des Programms im Januar 1986 wurden zwei weitere ständige Komitees ins Leben gerufen, für die Entwicklung neuer Materialien bzw. für Biotechnologie. Offensichtlich wurde nicht ernsthaft untersucht, ob dadurch andere Organe zusammengelegt oder aufgelöst werden könnten, oder ob man diese nicht in vorhandene Organe eingliedern könnte. Dies ist um so mehr

²⁵ N. CAREVSKI, "Socialističeskaja ėkonomičeskaja integracija - važnyj faktor social'no-ėkonomičeskogo razvitija NRB", in: K. GROŽDANOV (Red.), *Ėkonomičeskaja mysl' 1*, S. 97, Verlag der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, Sofia, 1984

²⁶ V. KIRPIČNIKOV, "K itogam 40-ogo zasedanija sessii SĖV", *Meždunarodnaja žizn'*, 9, 1985, S. 18.

zu betonen, da die technische und die wissenschaftliche Zusammenarbeit schon früher einen starken Hang zu formalen und bürokratischen Lösungen an den Tag legte, was der neuen Konzeption zufolge eben zu vermeiden wäre.

8. Osteuropäische handelspolitische Dilemmata - ein Grund für eine gesamtwirtschaftspolitische Neubewertung

Im bisherigen wurde das multilaterale Kooperationssystem des RGW teils an sich, teils vom Gesichtspunkt der Zielsetzungen der sowjetischen Außenwirtschaftspolitik ins Auge gefaßt. Es stellt sich die Frage, ob der Sowjetunion gegenüber auch eine osteuropäische Handelspolitik existiert.

Im Singular, d.h. ohne Berücksichtigung der wachsenden Mannigfaltigkeit und Vielfalt der in allen osteuropäischen Ländern herausgestellten institutionellen und wirtschaftspolitischen Lösungen läßt sich diese Frage nicht beantworten. Die im Zusammenhang mit dem RGW existierenden Vorstellungen werden verständlicherweise vor allem als (gewissermaßen unvermeidliche) Projektion der realen Lage, der inneren Probleme und der allgemeinen Wirtschaftsphilosophie der einzelnen Länder als nationales Interesse und Standpunkt formuliert. Die Ursachen, die die Dauerhaftigkeit dieser Mannigfaltigkeit bewirken, ihre Faktoren und die Beschaffenheit der Mannigfaltigkeit selbst habe ich in einem anderen Aufsatz zu erörtern versucht.²⁷ Hier sei bloß betont, daß je nach den einzelnen nationalen Interessen bzw. den wirtschaftsphilosophischen Grundeinstellungen verschiedene Konzeptionen verlaublich wurden. Die Unterschiede in der Auffassung, die über die unmittelbaren Handelsinteressen bzw. über die großen theoretischen Fragen hinausgehen, lassen sich um die Kernfrage herumgruppieren, ob die vorhandenen Lösungen ganz allgemein und in den gegebenen Teilbereichen überhaupt eine reale Alternative haben.

In den nationalen Wirtschaftsmechanismen sind nicht besonders tiefreichende, daher selbstverständlich auch keine schlagenden Erfolge herbeiführende, Veränderungen vorgenommen worden. In den letzten Jahren ist es auch zur Regel geworden, daß die "Anpassung" sich grundlegend kurzfristige Ziele setzt und auch nicht frei von Improvisationen ist. Was Wunder, wenn sich in immer weiteren Kreisen das Gefühl durchsetzt, daß es keine echten Alternativen gibt und daß die bekannten Methoden sogar ohne Überzeugung fortgesetzt werden

²⁷ L. CSABA, "Interessenabstimmung im RGW", *Europäische Rundschau*, 2, 1986.

müssen (daß inzwischen die Slogans "Erneuerung" und "Veränderung" aus verständlichen Gründen weiter proklamiert werden, ändert nichts an der Sache).

Vor allem die multilaterale Zusammenarbeit betreffend hegt heute niemand mehr Illusionen über den objektiv möglichen Umfang der mit den herkömmlichen Mitteln und Methoden erzielbaren Steigerung von Produktivität und Leistung. Dennoch führt dieses Gefühl der Alternativlosigkeit - oder eine Anzahl zu demselben Ergebnis führender praktischer Erwägungen - dazu, daß alle osteuropäischen Länder in ihren Beziehungen zum RGW eine Attitüde an den Tag legen, die ANDRAS KÖVES treffend "importmaximalisierend" nannte.²⁸

In praktischer Sicht reicht es nicht aus zu erklären, dies sei ein Mangelwirtschaftsverhalten, eine notgedrungene Erscheinung der "fast unbefriedigbaren" Nachfrage. Die realökonomischen und die Interessiertheit betreffenden Schranken einer Steigerung des Imports aus dem RGW müssen in diesem Jahrzehnt selbst von Nichtexperten erblickt werden. Es ist daher von jeder Wirtschaftspolitik schon auf der Ebene elementarster Forderungen zu erwarten, und ganz besonders von einer, die sich unter anderem zu wissenschaftlicher Voraussicht legitimiert, daß sie nicht versuche, die Augen vor den voraussehbaren Ereignissen zu schließen, sondern sich für diese rüste und sich ihnen anpasse. Woher also die Praxis, die im Zuge der mittelfristigen Planbestimmung immer wieder handelspolitische Ziele formuliert, die in krassem Gegensatz zur objektiven Lage und den ausgesprochenen Interessen des größten Handelspartners stehen? Die Antwort mag verblüffen: dies kommt von einer gewissen "Erdnähe" - im offiziellen Sprachgebrauch: Realismus - der Planung her. Die zentralen Planungsorgane - übrigens zu Recht - sind sich im klaren, daß von den als durchführbar erwiesenen Abänderungen der Wirtschaftslenkung kein Effizienzdurchbruch zu erwarten ist (wie in früheren Jahren mehrfach auf dem Papier garantiert wurde). Man rechnet z.T. aus demselben Grund damit, daß ein bedeutender Raumgewinn in der Konkurrenz der Weltwirtschaft ebensowenig zu erreichen ist. Unter diesen Bedingungen ist ein durch gesellschaftliche und politische Erwartungen bedingtes, beschleunigtes Wachstum nur durch eine angestrebte Steigerung der Rohstoff- und Energieeinfuhr aus dem RGW-Raum möglich, koste es, was es wolle.

²⁸ A. KÖVES, "Widersprüche in der Einfuhrpolitik der RGW-Länder", *Europäische Rundschau*, 3, 1984.

Um Rohprodukte aus den Entwicklungsländern einzuführen oder im eigenen Land technische Entwicklungen durchzuführen, die zu kräftiger Material- und Energieeinsparung führen, müßte sich einer der zwei vorhin verworfenen Grundsätze (besser aber beide) durchsetzen.²⁹ Es bleibt also nichts anderes übrig, als den - den Planungsstellen nicht unbekanntem - realökonomischen und Interessensverhältnissen innerhalb des RGW zum Trotz, das Unmögliche zu versuchen - zumindest auf dem Papier. Es ist aber wichtig zu verstehen, daß es entscheidenderweise die infolge der inneren Kräfteverhältnisse "hart" gewordenen nationalen Prioritäten sind, nicht aber die prognostizierbare Gestaltung der ökonomischen Realprozesse, die die Planer in eine Zwangslage bringen. Aus diesem Teufelskreis könnte man nur durch gleichzeitige Aufgabe der importsubstituierenden Wirtschaftspolitik und des Planauffächerungsmechanismus heraustreten - ein Vorschlag, den bereits Ökonomen mehrerer RGW-Länder gemacht haben, und zwar nicht nur in den letzten Jahren.³⁰ Zum anderen machen die ständige Forderung nach einer aktiven Handelsbilanz, die infolge der verzögerten Anpassung ständig wachsenden Kosten einschneidender Veränderungen, und die wegen der aufgezählten Gründe (auch auf politischer Ebene) rückläufige Motivation die Durchführung dieser Empfehlungen nicht nur objektiv schwieriger, sondern auch immer unwahrscheinlicher.

Innerhalb dieses Teufelskreis kann man aber nicht einmal die Frage richtig stellen. Das "Energieproblem" etwa läßt sich nicht innerhalb des Rahmens der (Rohstoff- und) Energiepolitik lösen. Vom Gesichtspunkt der einzelnen Branchen aus mag es den Anschein haben, als müßte Osteuropa den Import aus der Sowjetunion global drosseln und zugleich die Energie- und Rohstoffeinfuhr maximalisieren.³¹ Abgesehen davon, daß dies offensichtlich aus mehr als einem

²⁹ Dennoch ist es überraschend, daß in *keinem* der osteuropäischen Länder für den Zeitraum 1986-90 eine Planvariante ausgearbeitet wurde, die die Folgen des dauerhaft niedrigen Stands der Preise für Rohöl, Agrarprodukte und Rohstoffe in merito erwogen hätte.

³⁰ F. JÁNOSY, "Widersprüche in der ungarischen Wirtschaftsstruktur - wie entstanden sie und wie konnten sie überwunden werden?", *Acta Oeconomica*, 4, 4, 1970. J. GOLDMANN, "Die tschechoslowakische Wirtschaft in den 70er Jahren", *Wirtschaftsrundschau der Tschechoslowakei*, 1, 1975. J. WINIECKI, "Central planning and export orientation", *Oeconomica polona*, 2, 1983. D. DAIANU, "External Equilibrium and the Type of Control of Domestic Absorption", *Revue Roumaine des Sciences Sociales, Serie des Sciences Économiques*, 2, 1984.

³¹ G. WETTIG, "Die kleineren Warschauer-Pakt-Staaten in den Ost-West-Beziehungen", *Außenpolitik*, 1, 1986.

Grunde undurchführbar ist, ist auch nicht zu bezweifeln, daß man durch Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur, in der Technologie und im Wirtschaftsmechanismus erreichen könnte, daß der Material- und Energieaufwand der osteuropäischen Wirtschaften sich dem von Ländern auf ähnlicher Entwicklungsstufe angleicht. Dann wären letzten Endes jene Rohstoffe und Energieträger gar nicht nötig, die man ansonsten von wo immer und um jeden Preis importieren "müßte" (noch dazu in jeweils für zehn Jahre vorausbestimmten Mengen).

Eine weitere Neuheit der zweiten Hälfte des Jahrzehnts ist es, aus einem anderen Blickwinkel gesehen, daß die Interessen der Sowjetunion nicht mehr auf Stabilität, sondern auf die Änderung der gewachsenen Strukturen gerichtet sind. Schon heute bleibt nämlich die Wirtschaftsleistung der Region hinter den Ansprüchen und Erwartungen zurück, die von sowjetischer Seite bereits während des Gipfeltreffens formuliert wurden. Und es ist mit verhältnismäßig großer Sicherheit vorauszusehen, daß die osteuropäischen Leistungen in wachsendem Umfang hinter den Erwartungen der sowjetischen Außenwirtschaft zurückstehen werden, ohne daß sich dies durch Spitzenleistungen auf anderen Gebieten kompensieren ließe.

Kurz- und mittelfristig ist es kaum wahrscheinlich, daß sich die Agrarprodukte, Rohstoffe und Ersatzteile, die das Gros der Importe der Sowjetunion aus dem Westen ausmachen, durch eigene Produktion ersetzen lassen. Darum ist anzunehmen, daß sich die in den letzten Jahren herausgestaltete sowjetische Praxis, welche die Posten des Maschinenbaus als die am ehesten beschränkbarsten Importartikel betrachtet, fortsetzen wird. In diesem Fall aber ersetzen die aus Osteuropa beschaffbaren Lieferungen objektiv auch dann die westlichen Waren, wenn sie qualitativ nicht besonders wirksam sind. Klar formuliert dies die sowjetische Außenhandelspolitik, wenn sie erklärt, für sie bestehe heute nurmehr ein einziges Bewertungskriterium im RGW-Handel, nämlich das effektive Leistungsniveau im Vergleich zum Weltstandard.³² Dieser Standpunkt ist nicht vergleichbar mit der kurzlebigen "Qualität und Effizienz"-Kampagne Mitte der siebziger Jahre. Dies bedeutet nicht, daß sich nicht dem Weltstandard entsprechende Produkte unmittelbar aus dem gegenseitigen Handel ausschließen ließen, wie die oben zitierte sowjetische Forderung auf der Warschauer Ratstagung 1985 lautete. Fest steht jedenfalls, daß das Rubelpreinsniveau der osteuropäischen Exporte an verarbeiteten Produkten, die ein von diesem Standard abweichendes Qualitätsniveau bzw. Lie-

³² N. TICHONOV, Rede anlässlich der 40sten Ratstagung des RGW, *Pravda*, 26. Juni 1985.

ferbedingungen haben, jedoch auf nationaler wie regionaler Ebene seit mehr als einem Jahrzehnt unter Marktschutz stehen und daher recht kostspielig sind, noch kräftiger unter Druck stehen wird als in der ersten Hälfte der 80er Jahre. Dies wird sich in vollem Umfang auch nicht abwenden lassen. Dadurch aber werden die Austauschproportionen innerhalb des RGW gewiß dauerhaft abweichen vom "Durchschnitt auf dem Weltmarkt, der in den vorangegangenen fünf Jahren zu verzeichnen war", also nach dem spillover der Ölpreisstürze in die Intra-RGW-Preise. Das ist ein weiterer Grund - neben dem sowjetischen Exportzwang nach Westen - warum die sinkenden Energiepreise für Osteuropa keine Erleichterung bringen können. Im Gegenteil, der Erneuerungszwang und die Gefahr andauernder Stagnation oder gar eines Rückfalls, falls die veralteten Strukturen und Mechanismen sich nicht ändern lassen, sind größer denn je geworden.

Literatur

- ANTONOV, A., "Sotrudničestvo umnožat sily", *Socialističeskaja industrija*, 13, Febr. 1986
- Beiträge von ISKRA, V. und PAISECZNY, L., in: "Die wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit ist die Kernfrage der Weiterentwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration", *Probleme des Friedens und des Sozialismus*, 12, 1985
- BOGOMOLOV, O., "Rol' SSSR v socialističeskoj ekonomičeskoj integracii", *Ekonomičeskoe sotrudničestvo stran-členov SEV*, 2, 1986, S. 46
- CAREWSKI, N., "Socialističeskaja ekonomičeskaja integracija - važnyj faktor social'no-ekonomičeskogo razvitija NRB", in: GROŽDANOV, K. (Red.), *Ekonomičeskaja mysl'*, 1, Verlag der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften, Sofia, 1984
- CSABA, L., "Die dritte Etappe der ungarischen Wirtschaftsreform. Teil I und II", *Südost-Europa*, 5 und 6, 1987
- CSABA, L., "Interessenabstimmung im RGW", *Europäische Rundschau*, 2, 1986
- ČUKANOV, O., "Strategija naučno-tehničeskogo progressa stran SEV", *Meždunarodnaja žizn'*, 2, 1986
- DAIANU, D., "External Equilibrium and the Type of Control of Domestic Absorption", *Revue Roumaine des Sciences Sociales, Serie des Sciences Économiques*, 2, 1984
- DJAKIN, B. UND MEDVEDEV, B., "Uglublenie ekonomičeskoj integracii kak material'naja osnova dal'nejšego spločenija stran SEV", *Meždunarodnaja žizn'*, 1, 1986
- "Ekonomičeskij experiment: itogi pervogo goda i perspektivy dal'nejšego razvitija", Rundtischgespräch der Redaktionen *Planovoje chozjajstvo* und *Voprosy ekonomiki*, beide 4, 1985
- GOLDMAN, J., "Die tschechoslowakische Wirtschaft in den 70er Jahren", *Wirtschaftsrundschau der Tschechoslowakei*, 1, 1975
- HEWETT, E. A., *Energy Economics and Foreign Policy in the Soviet Union*, The Brookings Institution, Washington, D.C., 1984
- JANOSSY, F., "Widersprüche in der ungarischen Wirtschaftsstruktur - wie sie entstanden und wie konnten sie überwunden werden?", *Acta Oeconomica*, 4, 4, 1970
- KARAGEDÓV, R. G., "Pervye itogi, problemy, perspektivy", *ÉKO*, 5, 1985
- KIRPIČNIKOV, V., "K itogam 40-ogo zasedanija Sessii SEV", *Meždunarodnaja žizn'*, 9, 1985
- "Ključevaja oblast' sotrudničestva", Redaktioneller Leitartikel, *Ekonomičeskoe sotrudničestvo stran-členov SEV*, 8, 1985
- KORMNOV, JU. F., "Sotrudničestvo stran SEV i struktura proizvodstva", *Voprosy ekonomiki*, 10, 1985
- KÖVES, A., "Widersprüche in der Einfuhrpolitik der RGW-Länder", *Europäische Rundschau*, 3, 1984
- KÖVES, A., "Problemy investicionnogo sotrudničestva stran-členov SEV", in: BELOVIC, A., VOROPAEV, V. G. und ZVORIGIN, JU. P. (Red.), *Soveršenstvovanie ekonomičeskich uslovij investicionnogo sotrudničestva stran-členov SEV i planirovanie meroprijatij v etoj oblasti*, Internationales Forschungsinstitut für die ökonomischen Probleme des sozialistischen Weltsystems, Moskau, 1984
- KÖVES, A., *World Economic Opening in CMEA Countries. Turning Inwards or Turning Outwards?*, Akadémiai Verlag, Budapest, 1985
- Materialy 27-ogo s-ezda KPSS*, Politizdat, Moskau, 1986

- MILJUKOV, A., "Problemy radikal'noj reformy", *Ėkonomičeskaja gazeta*, 20, 1986
- MÜLLER, F., "Änderungen im Weltenergiemarkt und ihre Auswirkungen auf die Ost-West Wirtschaftsbeziehungen in den 80er Jahren", in: INOTAI, A., NÖTZOLD, J. und SCHRÖDER, K. (Hrsg.), *Ost-West-Beziehungen am Scheideweg*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1987
Neues Deutschland, 19. Dez. 1985
Pravda, 29.3.1986 und 27.5.1986
- ŠIRJAEV, Y. S., "Naučno-tečničeskij progress i socialističeskaja integracija", *Voprosy Ėkonomiki*, 5, 1986, S. 133-134
- SILAEV, I. S., "Zadači bjuro po mašinostrojeniju", Interview in *Izvestija*, 11. März 1986
- SYČEV, V., "Novye rubeži naučno-tečničeskogo sotrudničestva", *Ėkonomičeskoe sotrudničestvo stran-členov SEV*, 1, 1986
- SZALAJDA, Z., "Otvjet na trebovanija sovremennosti", *Ėkonomičeskoe sotrudničestvo stran-členov SEV*, 2, 1986
- TICHONOV, N., Rede auf der 40. Ratstagung des RGW, *Pravda*, 28. Juni 1985
- WETTIG, G., "Die kleineren Warschauer-Pakt-Staaten in den Ost-West-Beziehungen", *Aussenpolitik*, 1, 1986
- WINIECKI, J., "Central Planning and Export Orientation", *Oeconomica polona*, 2, 1983

Summary

The five-year-plans for 1986-1990 reflect an attempt at stability of the decision makers as regards both policy and systemic options. The article explains why this endeavour failed earlier than expected. Analyzing the economic policy and systemic innovations of the new Soviet leadership, the author demonstrates, why the actual course of renewal means increased claims on East European economic performance. Soviet priorities are reflected in the long-term CMEA Programme for technological progress and also in current attempts at restructuring multilateral CMEA fora. The new challenge from the East, together with the traditional adjustment pressure from the West, necessitates radical changes in economic policies and systems, if the nations of Eastern Europe are to avoid stagnation; costs of immobilism soar.

Zusammenfassung

Die Fünfjahrpläne für den Zeitraum 1986-1990 reflektieren die Stabilisierungsversuche der Entscheidungsträger sowohl in bezug auf wirtschaftspolitische als auch Systemvariationen. Der Artikel erläutert, warum dieses Unterfangen früher als erwartet scheiterte. Ausgehend von einer Analyse der Wirtschaftspolitik und der Systeminnovationen der neuen sowjetischen Führung demonstriert der Autor, warum ein wirklicher Erneuerungskurs erhöhte Ansprüche an die wirtschaftliche Leistung Osteuropas stellt. Die sowjetischen Prioritäten schlagen sich sowohl im langfristigen RGW-Programm zur Beschleunigung des technischen Fortschritts nieder, als auch in den laufenden Versuchen, die multilateralen Foren des RGW zu restrukturieren. Gemeinsam mit dem traditionellen Anpassungsdruck aus dem Westen erfordert die neue Herausforderung aus dem Osten radikale Veränderungen ihrer Wirtschaftspolitiken und -systeme, wenn die osteuropäischen Nationen die Stagnation vermeiden wollen; die Kosten der Immobilität steigen an.